

## Endlosthema Contracting- wo sitzt die Atomstromlobby?

Obwohl dabei für Gemeindegeld und Umwelt nur Vorteile garantiert werden und keine Kosten, sondern finanzielle Entlastungen folgen, wurde leider immer wieder versucht, ohne ernsthafte Befassung mit der vielen Arbeit des Umweltausschusses das eindeutige Expertenurteil und die vielen positiven Erfahrungen anderer Gemeinden zu ignorieren. Jedenfalls erfolgte nach 16 Monaten erneut eine Vertagung. Es ist nach dem Justament-Nein auf ein „Weihnachtsgeschenk“ bei der Dezember Sitzung zu hoffen.

Der Bürgermeister saß bei der letzten Sitzung einem Gerücht auf, nach dem die in Frage kommende Contractingfirma vom Atomstromkonzern EDF gesteuert sei. Wahr ist allerdings im Gegenteil, dass die Wienstrom, mit der die Gemeinde die Stromverträge geschlossen hat, nun durch Lieferverträge eng an die Baden-Württembergische Stromgesellschaft angebunden ist, und diese wiederum mit der EDF verflochten ist. Vor allem dadurch trägt der „Atomstromanteil“ aus unserer Steckdose an die 17 Prozent. □

## Bezirksgericht und AMS- Purkersdorf vor Schließung

Die Regierung schließt zur Zeit Gendarmerieposten, Postämter, Bus- und Bahnlagen Finanzämter, Bezirksgerichte u.v.a.m. Übrigens sollte es niemand wundern, wenn dadurch der Verkehr und der Zeitaufwand dafür zunimmt. Neuester Hit ist die Konzentration des AMS: Überfallsartig wird – man kennt es – zum Zwecke der finanziellen Optimierung, eingespart. Obwohl der Gerichtsbezirk Purkersdorf (Pardon- das Bezirksgericht soll es ja auch nur mehr als Anlaufstelle geben) größer ist als so mancher politische Bezirk, ist eine Betreuung vor Ort nicht mehr notwendig? Hoffentlich haben alle Arbeitslosen – die Zahl nimmt wieder zu – ein Auto. Die Fahrt von Wolfgraben nach Tulln über Öfis wird ja sonst ein längerer Ausflug (der jetzige Standort fern vom Zentrum war zugegebenermaßen auch nicht sehr glücklich). Gegen die schon länger angekündigte Schließung des Bezirksgerichtes gibt es eine klare Stellungnahme der Gemeinde. Immerhin wird dadurch auch die Position des Hauptplatzes weiter abgewertet. Jedenfalls wären mehr als papierene Protestmaßnahmen gegen diese Regierungspolitik angesagt! □

## Kinderbetreuung

# Wahlrecht oder Rentabilität? Höhere Elternbeiträge ohne Gemeindeförderung

Die Förderung\* der Kindergartenkinder in privaten Einrichtungen und die Nachmittagsbetreuung der Volksschulkinder (Kindertreff, Tagesmütter) durch die Gemeinde soll – nicht zuletzt auf Grund der finanziellen Situation der Gemeinde – neu gestaltet werden:

- Die Betreuung im Kindertreff / bei der Tagesmutter wird nur mehr denn gefördert, wenn im Hort nicht mehr als 4 Plätze (Höchstzahl pro Gruppe: 28) frei sind.
- Die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen in einer privaten Einrichtung wird nur dann gefördert, wenn in den 3 Kindergärten nicht mehr als 9 Plätze (Höchstzahl je Gruppe ebenfalls 28) frei sind. So weit, so schlecht, könnte man sagen. Die besondere Crux in der Sache liegt aber darin, dass, wenn die Gemeinde nicht fördert, das Land auch nicht zahlt!

Bei der Diskussion dieses Beschlusses wurde von Seiten des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung damit argumentiert, dass die Auslastung der Kindergärten und des Hortes gesichert werden muss. Damit stellt sich aber schon die Frage nach der zu Grunde liegenden Haltung. Auslastung assoziiert man richtigerweise mit Maschinennutzung (und vergleichbaren technisch-ökonomischen Kategorien), das Vokabel hat aber sicher in der Pädagogik nichts verloren. Wenn Auslastung nämlich ein wesentlicher Gesichtspunkt der Kinderbetreuung wäre, müsste man ja für eine Anhebung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen eintreten, um die Schulen optimal auszulasten. Vielleicht zurück ins ausgehende 18. Jahrhundert? Da war die Teilungszahl 45 Schüler!

Auch die heute erlaubten Höchstzahlen sind eigentlich kinder- und betreuerInnen-

feindlich, weil viel zu hoch, und heißen nicht umsonst Höchstzahlen.

Erschwerend kommt für die Familien noch hinzu, dass sie auf Basis der neuen Regelung nicht mehr planen können, ob sie bei Besuch des Kindertreffs mit einer Förderung rechnen können und letztendlich der Willkür ausgeliefert sind: Wären am Tag der Anfrage bei der Gemeinde gerade 6 Hortplätze frei, gibt es KEINE Förderung, kommt eine Woche später die nächste Familie und es sind nur 5 Plätze frei, wird die Förderung im Kindertreff gewährt. Die Folge: Entweder die Familie zahlt mehr oder verzichtet auf ihre Wahlmöglichkeit!

Doch abgesehen vom Zynismus gegenüber Kindern und Eltern: Der Vorschlag macht auch ökonomisch wenig Sinn. Das Gemeindebudget ist sicher nicht damit zu retten, dass man mehr Kinder in Hort und Kindergärten unterbringt. Die Gemeinde sollte viel eher ein Gegenmodell zum unsocialen Sparen auf Bundesebene setzen.

### Wir meinen daher:

Im Vordergrund muss das Wohl der Kinder und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehen. Bei der Betreuung sind weder die Bedürfnisse der Eltern noch die der Kinder gleich, daher: Wahlrecht für Eltern, ohne dadurch jegliche öffentliche Unterstützung zu verlieren.

Maria Parzer  
(2 Töchter, 8 und 11 Jahre, Kindergarten-, Tagesmutter-, Kindergruppen- und Kindertreffbefahrung)

\*Förderung an Einrichtung, nicht zu wechseln mit dem einkommensgebundenen Zuschuss des Landes an die Familie.



## Gehsteig Pummergeasse/ Karl-Kurz-Gasse

Vor dem Neubau Ecke Karl-Kurz-Gasse/Pummergeasse ist es gelungen endlich auch in Purkersdorf einen Gehsteig zu bauen der fußgängerInnenfreundlich sowie kinderwagen- und schirmgerecht ist!